

# Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2006-06-08

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/  
Ortsbeiräte  
Bearbeiter: Fraktion Die  
Linkspartei.PDS  
Telefon:

**Antrag  
Drucksache Nr.**

01180/2006

**öffentlich**

## Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

## Betreff

Sanktionen bezüglich des ALG II

## Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Stadtvertretung über vorgenommene Sanktionen der ARGE bezüglich des ALG II zu informieren.

Dabei sind Aussagen zu treffen über

- Anzahl der bereits vorgenommenen Kürzungen bzw. Leistungseinstellungen, differenziert nach Alter, Geschlecht sowie Angabe der Gründe für die getroffenen Entscheidungen
- Anzahl eingegangener Widersprüche und anhänglicher Sozialgerichtsverfahren

## Begründung

Die Neuregelung der Bundesregierung zum Arbeitslosengeld II ist vor allem geprägt von Misstrauen und Missgunst gegenüber den Leistungsempfängern. Erneut wird suggeriert, dass sich Arbeitslose im großen Umfang überhöhte Leistungen erschleichen würden und deswegen die Kosten aus dem Ruder laufen. Verschiedene Maßnahmen zur Kostensenkung sind bereits von der Bundesregierung beschlossen und weitere Sanktionen angekündigt.

Um einer pauschal öffentlichen Verunglimpfung der ALG II-Empfänger in Schwerin entgegenzutreten zu können, sollte der Oberbürgermeister die Stadtvertretung umfangreich über den Sachstand informieren.

## über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---

**Deckungsvorschlag**

**Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---**

**Anlagen:**

keine

gez. Gerd Böttger  
Fraktionsvorsitzender